

<b><u>Umgang mit eventuellen Zielkonflikten beim Atomausstieg</u></b>					
<b>Wie soll die künftige Regierung bei eventuellen Zielkonflikten im Hinblick auf die Erfordernisse des Atomausstiegs und im Hinblick auf die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen entscheiden?</b>					
<b>Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>LINKE</b>	<b>Grüne</b>	<b>Mahnwachen-Teilnehmer</b>
Der Atomausstieg hat äußerste Priorität. Andere Belange müssen auf jeden Fall dahinter zurückstehen.			X	X	76%
Der Atomausstieg ist wichtig und muss bei der Prioritätenabwägung besonders berücksichtigt werden; doch die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ... müssen angemessen berücksichtigt werden.		X			10%
In Sachen Atomausstieg ist bereits alles geregelt. Neu auftretende Ziel- und Interessenkonflikte sind ausgeschlossen	X				7%
Sonstige Antworten	X			X	7%
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat folgende Antwort frei formuliert: ]  <i>Der Atomausstieg ist wichtig und muss bei der Prioritätenabwägung besonders berücksichtigt werden. Dennoch dürfen wir auch die Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht aus den Augen verlieren. Die Energiewende ist eine große Herausforderung, die nur gelingen wird, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Als Industrienation sind wir auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.</i></p>					
<p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:] <i>Die Partei ist wohl eher der Meinung, es sei alles geregelt. Ich finde, Atomstrom hätte niemals produziert werden dürfen. Jeder Tag an dem weiterer Atom Müll produziert wird und ein Atomunfallrisiko besteht, ist ein Tag zuviel.</i></p>					

<b><u>Notwendigkeit der Atomkraft zur bundesdeutschen Energieversorgung</u></b>					
<b>Die in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke sind für die deutsche Energieversorgung ...</b>					
<b>Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>LINKE</b>	<b>Grüne</b>	<b>Mahnwachen-Teilnehmer</b>
... heute schon nicht mehr notwendig				X	65%
... im Jahr 2021 voraussichtlich nicht mehr notwendig	X		X		21%
... im Jahr 2021 voraussichtlich noch z.T. notwendig		X			--
Sonstige Antworten					14%
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:]  <i>Deutschland hat sich entschlossen, bis 2022 aus der Kernenergie auszusteigen und die Energiewende auf den Weg zu bringen. Bis 2025 sollen 40 bis 45 Prozent und bis 2050 mindestens 80 Prozent unserer Energie aus regenerativen Quellen kommen. Da wir als Industrienation auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen sind, müssen wir die Energiewende mit Augenmaß umsetzen. Dies bedeutet, dass wir nicht von heute auf morgen aus der Atomkraft aussteigen können. Das letzte Atomkraftwerk wird in Deutschland spätestens 2022 vom Netz gehen. Die zuständigen Energieversorger werden den Rückbau selbst durchführen und bezahlen.</i></p>					
<p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]  <i>Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.</i></p>					

<b><u>Ausbau erneuerbarer Energien</u></b>					
<b>Mit welcher Intensität sollte der Ausbau erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren vorangetrieben werden?</b>					
<b>Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>LINKE</b>	<b>Grüne</b>	<b>Mahnwachen-Teilnehmer</b>
Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss auch in der kommenden Legislaturperiode höchste Priorität haben und weiterhin auf sehr hohem Niveau erfolgen.	X		X	X	90%
Bis 2030 genügt es, die bisherigen Planungen beizubehalten, und ggfs. einzelne neue Impulse zu setzen.					7%
Die Weichen sind bereits gestellt und die Zielgrößen festgelegt. Größere Impulse aus der Bundespolitik für die Zeit bis 2030 sind nicht mehr erforderlich.		X			--
Sonstige Antworten					3%
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:]  <i>Der Ausbau erneuerbarer Energien muss weiter vorangetrieben werden. Wir dürfen uns aber nicht übernehmen und brauchen realistische Zielvorgaben. Nur wenn wir anderen Staaten zeigen, dass dabei unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht auf der Strecke bleibt, wird unser Beispiel Schule machen.</i></p> <p>[Die Frage zum Windkraftausbau auf dem Meer wurde von Herrn Grundmann wie folgt ergänzt: Eine Erhöhung der Ausbauziele der Offshore-Windkraft soll von der künftigen Regierung ...] ... <i>in Betracht gezogen werden, sofern d. Stromnetze dafür ertüchtigt wurden und eine Notwendigkeit für neue Anlagen besteht. Grundsätzlich stehen wir für Technologieoffenheit. Wohin eine Übersubventionierung einzelner Branchen führt, hat uns der Niedergang der deutschen Solarproduktion vor Augen geführt.</i></p> <p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]  <i>Der Stromverbrauch wird von ca. 600 TWh auf 1.300 TWh steigen. Zum Schutz unserer Lebensgrundlagen muss der Ausbau nach Berechnung der HTW-Berlin-Studie „Sektorkopplung“ jährlich 6,3 GW On-Shore-, 3 GW-Offshore-Windenergie und 15 GW betragen.</i></p>					

<b><u>Wie dringlich ist der deutsche Ausstieg aus der Kohle-Verstromung ?</u></b>					
<b>Antwortmöglichkeiten auf dem Fragebogen der Mahnwache</b>	<b>SPD</b>	<b>FDP</b>	<b>LINKE</b>	<b>Grüne</b>	<b>Mahnwachen-Teilnehmer</b>
Sehr dringend				X	45%
Dringend	X		X		38%
Der Ausstieg aus der Kohle-Verstromung ist stets mit zu bedenken.		X			17%
<p>[Der CDU-Abgeordnete Oliver Grundmann hat eine eigene Antwort frei formuliert:]  <i>Ein zeitgleicher Atom- und Kohleausstieg ist für eine Industrienation wie Deutschland sehr riskant. Wir brauchen auch in Zukunft verlässliche Grundlastträger, zumal uns erforderliche Leitungen und Speicher für erneuerbare Energien in Deutschland noch fehlen. Es ist daher erforderlich, die Kohle als verlässlichen, heimischen Energieträger im Sinne einer Brückentechnologie zumindest mittelfristig weiter zu nutzen – so lange jedenfalls, bis andere Technologien eine sichere und bezahlbare Alternative darstellen.</i></p> <p>[Grünen-Kandidat Ralf Poppe hat seine Antwort wie folgt ergänzt:]  <i>Die 20 schmutzigsten bis 2020, der Rest bis 2030. Anders sind die Klimaschutzziele, auf die sich die 195 Staaten geeinigt haben, nicht zu erreichen.</i></p>					